

Neubrandenburger Zeitung  
23.1.2024

# BUND sieht Erkundungsbohrungen für für B96-Ausbau kritisch

Von Heike Sommer

**Gegen die Baugrunderkundungen für den Ausbau der B 96 zwischen Neustrelitz und Neubrandenburg hat der Umweltverband BUND Einspruch erhoben. Mit Erfolg.**

NEUSTRELITZ/

NEUBRANDENBURG – Die Großbohrungen kommen noch mal auf den Prüfstand. Der Widerspruch des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) gegen die Baugrunderkundungen für den Ausbau der B 96 zwischen Neustrelitz und Neubrandenburg hat Wirkung gezeigt. Wie das Straßenbauamt auf Nordkurier-Anfrage erklärte, wurden die vorgebrachten Einwände mit der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte besprochen. „Nach der Prüfung haben wir nachvollziehbare Anpassungen an den Bohrpunkten vorgenommen“, schreibt das Straßenbauamt.

Im Oktober 2023 hatte das Straßenbauamt die Arbeiten mit der Großbohrtechnik angekündigt. Sie dienten zur sorgfältigen Vorbereitung der Entwurfsplanung für den B96-Ausbau, hieß es damals. Grundstückseigentümer seien gesetzlich verpflichtet, die Arbeiten zu dulden. Betroffen sind Flächen im Be-



Seit Jahren wird um den Ausbau der B 96 gerungen. Jetzt sollen Erkundungsbohrungen - auch in sensiblen Gebieten - für die weitere Entwurfsplanung stattfinden. Das trifft auf Widerspruch.

FOTO: NK-ARCHIV/BEIGANG

reich Neustrelitz, Neubrandenburg, Blumenholz, Groß Nemerow, Holldorf und Burg Stargard.

Der BUND meldete seine Bedenken gegen die Bohrungen an. Insbesondere kritisierte er, dass Großbohrungen innerhalb des Vogelschutzgebietes Wald- und Seenlandschaft Lieps-Serahn und in sogenannten

FFH-Gebieten am Tollensesee stattfinden. Darüber hinaus seien laut Ankündigung des Straßenbauamtes auch andere Schutzgebiete betroffen. Ohne Ausnahmegenehmigung dürften solche Arbeiten nicht stattfinden, machten die Umweltschützer in ihrer Stellungnahme deutlich. Denn laut Verordnung sei es dort verboten, „Spre-

23.1.

gung oder Bohrungen vorzunehmen oder in sonstiger Weise die Oberflächengestalt zu verändern.“ In Folge des BUND-Widerspruchs zeigte sich, dass für bestimmte Großbohrungen tatsächlich Genehmigungen eingeholt werden müssen. „Hier wurden die Bohrlöcher angepasst, um noch umweltschonender zu agieren. Die Genehmigungen für die Bohrungen werden demnächst beantragt“, erklärte der Sprecher des Straßenbauamtes, Michael Friedrich. Ob und wo Großbohrungen bereits stattfinden, darüber konnte der Behördensprecher bislang keine Auskunft geben.

Der BUND gehört dem Aktionsbündnis „B-96-Ausbau - so nicht!“ an, das eine naturverträglichere Ertüchtigung der Fernverkehrsstraße fordert. Dem Bündnis haben sich unter anderem die Gemeinde Blumenholz, regionale Organisationen der Linken und der Grünen angeschlossen. Es protestiert seit Jahren gegen den seiner Ansicht nach natur- und menschenfeindlichen überdimensionierten Ausbau der B96 zwischen Neubrandenburg und Neustrelitz. Kritisiert wird etwa, dass große Teilstücke auf dem Abschnitt parallel zu bereits bestehenden Straße komplett neu entstehen sollen.